

AMTLICHER ANZEIGER

TEIL II DES HAMBURGISCHEN GESETZ- UND VERORDNUNGSBLATTES
Herausgegeben von der Behörde für Justiz und Gleichstellung der Freien und Hansestadt Hamburg

Amtl. Anz. Nr. 72

FREITAG, DEN 12. SEPTEMBER

2014

Inhalt:

	Seite		Seite
Bekanntgabe des Ergebnisses einer allgemeinen Vorprüfung eines Einzelfalles zur Feststellung, ob eine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht	1645	Plangenehmigungsbescheid	1646
Bekanntgabe des Ergebnisses einer standortbezogenen Vorprüfung des Einzelfalles nach dem UVPG	1645	Gewässerschau im Bezirk Hamburg-Nord 2014	1646
		Öffentliche Plandiskussion	1646
		Immobilienmarktbericht Hamburg 2014	1647
		Öffentliche Sielanlagen	1647

BEKANNTMACHUNGEN

Bekanntgabe des Ergebnisses einer allgemeinen Vorprüfung eines Einzelfalles zur Feststellung, ob eine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht

Die Fa. HafenCity Hamburg hat bei der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation, Rechtsamt, Planfeststellungsbehörde, die förmliche Zulassung für das Bauvorhaben „Liegewanne Jetty-Anleger Musicalzelt Steinwerder“ beantragt.

Dieses Vorhaben stellt einen Gewässerausbau nach Nummer 13.18.1 der Anlage 1 zum Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) dar. Nach der allgemeinen Vorprüfung des Einzelfalles gemäß § 3c UVPG wird von der Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung für dieses Vorhaben abgesehen. Es kann nach Einschätzung der Planfeststellungsbehörde aufgrund überschlägiger Prüfung unter Berücksichtigung der gesetzlichen Kriterien keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen haben, die nach § 12 UVPG bei der Entscheidung über die Zulassung zu berücksichtigen wären.

Hamburg, den 1. September 2014

**Die Behörde für Wirtschaft Verkehr und Innovation
als Planfeststellungsbehörde**

Amtl. Anz. S. 1645

Bekanntgabe des Ergebnisses einer standortbezogenen Vorprüfung des Einzelfalles nach dem UVPG

Das Bezirksamt Altona – Fachamt Management des Öffentlichen Raumes als Vorhabensträger- hat beim Bezirksamt Altona – Wasserbehörde – eine Genehmigung nach § 68 Absatz 2 Satz 1 des Gesetzes zur Ordnung des Wasserhaushaltes (Wasserhaushaltsgesetz – WHG) in Verbindung mit § 49 Hamburgisches Wassergesetz (HWaG) zur Revitalisierung der Flottbek im nördlichen Teil des Jenischparks sowie eine Entschlammung des dortigen Regenrückhaltebeckens beantragt.

Das Vorhaben stellt einen Gewässerausbau nach Nr. 13.18.1 der Anlage 1 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) in Verbindung mit Nr. 1.18.1 der Anlage 1 zum Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung in Hamburg (HmbUVPG) dar.

Nach der standortbezogenen Vorprüfung des Einzelfalles gemäß § 3c Satz 2 UVPG in Verbindung mit § 1 HmbUVPG wird von der Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung für dieses Vorhaben abgesehen. Nach Einschätzung der Wasserbehörde, auf Grund der überschlägigen Prüfung unter Berücksichtigung der gesetzlichen Kriterien und der besonderen örtlichen Bedingungen, sind keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen von dem Vorhaben zu erwarten.

Hamburg, den 4. September 2014

**Das Bezirksamt Altona
Wasserbehörde**

Amtl. Anz. S. 1645

Plangenehmigungsbescheid

– Revitalisierung der Flottbek im nördlichen Teil des Jenischparks sowie Entschlammung des nördlichen Regenrückhaltebeckens –

Der Plan für die Revitalisierung der Flottbek im nördlichen Teil des Jenischparks sowie die Entschlammung des nördlichen Regenrückhaltebeckens ist durch den Plangenehmigungsbescheid des Bezirksamtes Altona – Wasserbehörde – am 4. September 2014 festgestellt worden. Die Feststellung beruht auf § 68 Absatz 2 Satz 1 des Gesetzes zur Ordnung des Wasserhaushaltes (WHG) in Verbindung mit § 49 des Hamburgischen Wassergesetzes (HwaG).

Das Bezirksamt Altona – Fachamt Management des Öffentlichen Raumes hat die Revitalisierung der Flottbek sowie die Entschlammung des Regenrückhaltebeckens beantragt.

Gegenstand des Vorhabens ist der naturnahe Ausbau des erheblich veränderten Gewässers Flottbek im nördlichen Bereich des Jenischparks in Verbindung mit der Entschlammung des nördlichen Regenrückhaltebeckens. Ziel ist die Verbesserung des chemischen und ökologischen Zustandes des Gewässers durch Aufwertungen in den Bereichen der biologischen, hydromorphologischen und physikalisch-chemischen Qualitätskomponenten der Flottbek.

Die genehmigten Pläne werden öffentlich ausgelegt in der Zeit vom 12. September 2014 bis zum 26. September 2014 im Technischen Rathaus Altona, Dezernat Wirtschaft, Bauen und Umwelt, Wasserbehörde, Zimmer 241, Jessenstrasse 1-3, 22767 Hamburg, montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 15.00 Uhr nach telefonischer Voranmeldung unter Telefonnummer: 040/ 4 28 11 - 61 37.

Mit dem Ende der Auslegungsfrist gilt der Bescheid auch gegenüber den der Wasserbehörde nicht bekannten Betroffenen als zugestellt.

Gegen den Plangenehmigungsbescheid kann binnen eines Monats nach Zustellung schriftlich oder zur Niederschrift bei der Geschäftsstelle des Verwaltungsgerichts Hamburg, Lübeckertordamm 4, 20099 Hamburg, Klage erhoben werden.

Hamburg, den 4. September 2014

Das Bezirksamt Altona
– Wasserbehörde –

Amtl. Anz. S. 1646

Gewässerschau im Bezirk Hamburg-Nord 2014

Die Schau der Gewässer zweiter Ordnung gemäß § 66 des Hamburgischen Wassergesetzes (HwaG) in der Fassung vom 29. März 2005 (HmbGVBl. S. 97), zuletzt geändert am 4. Dezember 2012 (HmbGVBl. S. 510, 519), findet nach folgendem Plan statt:

Datum Uhrzeit	Name des Gewässers
09.10.2014 10.00 Uhr Treffpunkt	Oberalster von der Bezirksgrenze Gundlachs Twiete bis oberhalb der Fuhlsbüttler Schleuse „Am Hasenberge“ Brücke Gundlachs Twiete
14.10.2014 10.00 Uhr Treffpunkt	Raakmoorgraben Am Raakmoorgraben RHB

16.10.2014
10.00 Uhr
Treffpunkt

Bornbach und Pannsgraben
Ende Kayhuder Weg

21.10.2014
10.00 Uhr
Treffpunkt

Tarpenbek von der Landesgrenze am Schmuggelstieg bis zum Einlaufbauwerk am Flughafenzaun südlich des Krohnstieges, Westerrodegraben, Holtkoppelgraben, Entwässerungsgräben am Suckweg und Twisselwisch

23.10.2014
10.00 Uhr
Treffpunkt

Brücke im Schmuggelstieg
Wandse, Osterbek und Seebek

28.10.2014
10.00 Uhr
Treffpunkt

Maxstraßenbrücke
Tarpenbek vom Auslaufbauwerk am Flughafenzaun nördlich Haldenstieg bis Eppendorfer Mühlenteich

Brücke im Haldenstieg

Gemäß §§ 39, 40, 41 und 42 des Wasserhaushaltsgesetzes in Verbindung mit den §§ 38, 39 und 46 des Hamburgischen Wassergesetzes (HwaG) obliegt es dem Eigentümer des Gewässers unter größtmöglicher ökologischer und gewässerbiologischer Rücksichtnahme, die Gewässer so zu unterhalten und von den die Gewässerlandschaft beeinträchtigenden nicht standortgerechten Pflanzen zu befreien, dass das Wasser schadlos zum Abfluss gelangen kann, ohne dass die Standsicherheit der Gewässerböschung beeinträchtigt wird.

Die Anlieger und Hinteranlieger haben nach vorheriger Ankündigung das Einplanieren des Aushubs auf ihren Grundstücken zu dulden, soweit dadurch die bisherige Nutzung nur vorübergehend beeinträchtigt wird.

Gemäß § 66 Absatz 3 HwaG haben die Gewässereigentümer entlang der Gewässer Wege für die Schau freizuhalten. In Einfriedigungen sind Durchgänge oder Übergänge zu schaffen.

Die Unterhaltungspflichtigen, die Eigentümer der Gewässer, die Anlieger und die Inhaber von Rechten und Befugnissen an den Gewässern können an den Wasserschauen teilnehmen und erhalten die Gelegenheit, sich zu äußern.

Verstöße gegen die Anordnung der Wasserbehörde können gemäß § 102 HwaG als Ordnungswidrigkeiten mit Geldbußen geahndet werden.

Hamburg, den 28. August 2014

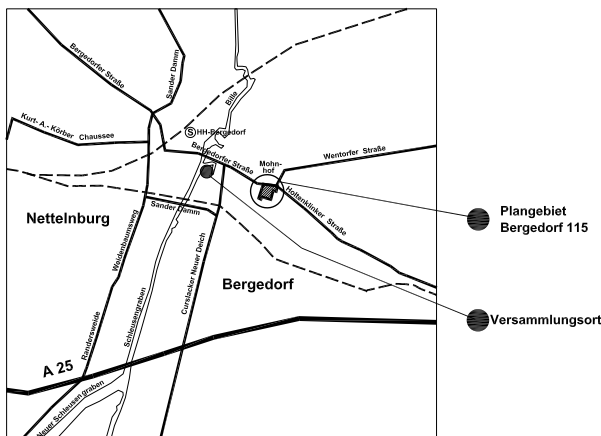
Das Bezirksamt Hamburg-Nord

Amtl. Anz. S. 1646

Öffentliche Plandiskussion

Der Stadtentwicklungsausschuss der Bezirksversammlung Bergedorf führt über die beabsichtigte Bebauungsplanung für das Gebiet des Bebauungsplanentwurfs Bergedorf 115 (Wohnen am Mohnhof) eine öffentliche Plandiskussion mit öffentlicher Unterrichtung und Erörterung durch.

Das Plangebiet umfasst einen Bereich südlich Mohnhof und östlich Töpfertwiete.



Die Veranstaltung findet am 6. Oktober 2014 ab 18.30 Uhr im Lichtwarkhaus, Holzhude 1 (Eingang Bergedorfer Straße), 21029 Hamburg, statt.

Das Anschauungsmaterial kann ab 18.00 Uhr eingesehen werden.

Für Informationen steht das Fachamt Stadt- und Landschaftsplanung des Bezirksamtes Bergedorf unter der Telefonnummer 040/4 28 91 - 45 21 zur Verfügung.

Durch den Bebauungsplan mit der vorgesehenen Bezeichnung Bergedorf 115 sollen die planungsrechtlichen Voraussetzungen für ein Wohngebiet im Bergedorfer Zentrum geschaffen werden. Ziel ist es, auf den teilweise brachliegenden Flächen neue Nutzungen mit einer hohen standortgerechten städtebaulichen Qualität anzusiedeln. Besonders zu berücksichtigen sind die vorhandene Bebauungsstruktur und gesunde Wohnverhältnisse.

Mit der Veranstaltung soll die Öffentlichkeit im Sinne von § 3 Absatz 1 des Baugesetzbuches möglichst frühzeitig über die allgemeinen Ziele und Zwecke der Planung, sich wesentlich unterscheidende Lösungen, die für die Neugestaltung oder Entwicklung des Gebiets in Betracht kommen, und die voraussichtlichen Auswirkungen der Planung unterrichtet werden. Der Öffentlichkeit wird Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung gegeben.

Hamburg, den 12. September 2014

Das Bezirksamt Bergedorf

Amtl. Anz. S. 1646

Immobilienmarktbericht Hamburg 2014

Auf Grund von § 11 der Verordnung über den Gutachterausschuss für Grundstückswerte vom 12. Mai 2009 (HmbGVBl. S. 124) wird darauf hingewiesen, dass der Gutachterausschuss für Grundstückswerte in Hamburg den „Immobilienmarktbericht Hamburg 2014“ veröffentlicht hat. Der 136 Seiten umfassende Bericht enthält Informationen über Umsätze und Preise von Grundstücken, Wohnungen und Häusern aus dem Jahr 2013 und lässt die Veränderungen gegenüber dem Vorjahr erkennen. Außerdem sind die vom Gutachterausschuss ermittelten für die Wertermittlung erforderlichen Daten gemäß § 193 Absatz 5 des Baugesetzbuchs enthalten. Ihm liegen Auswertungen der beurkundeten Kaufverträge zugrunde, die dem Gutachterausschuss gemäß § 195 des Baugesetzbuchs übermittelt wurden.

Der Bericht ist für 40,- Euro zuzüglich 4,- Euro Versandkosten erhältlich beim:

Landesbetrieb Geoinformation und Vermessung,
Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg,
Telefax: 040 / 4 27 31 04 09,
E-Mail: info@gv.hamburg.de

Hamburg, den 8. September 2014

Landesbetrieb Geoinformation und Vermessung

Amtl. Anz. S. 1647

Öffentliche Sielanlagen

Veröffentlichung II/14

Folgende Siele sind betriebsfertig hergestellt worden:

Bezirk Hamburg-Nord

Mischwassersiel im Levisohnweg;

Bezirk Harburg

Schmutzwassersiel in der Schlachthofstraße zwischen der nördlichen Einfahrt des im Einmündungsbereich des Weges Zum Handwerkszentrum befindlichen Kreisverkehrs und der Neuländer Straße.

Gemäß § 6 des Hamburgischen Abwassergesetzes in der Fassung vom 24. Juli 2001 (HmbGVBl. S. 258, 280), zuletzt geändert am 17. Dezember 2013 (HmbGVBl. S. 540, 542), besteht für die an besielte Wege und Flächen grenzenden Grundstücke Anschlusspflicht.

Aufhebung II/14

Gemäß § 4 Absatz 4 des Hamburgischen Abwassergesetzes in der Fassung vom 24. Juli 2001 (HmbGVBl. S. 258, 280), zuletzt geändert am 17. Dezember 2013 (HmbGVBl. S. 540, 542), werden folgende Sielanlagen aufgehoben:

Bezirk Hamburg-Mitte, Ortsteil Kleiner Grasbrook

Regenwassersiel im Kamerunweg Höhe Hausnummer 9 (etwa 400 m nördlich Veddeler Damm) etwa 70 m nach Westen bis zum Auslass in das Hafenbecken.

**Bezirk Hamburg-Mitte, Ortsteil Rothenburgsort
(Gemarkung Billwerder Ausschlag)**

Schmutzwassersiel in der Gustav-Kunst-Straße von der Großmannstraße etwa 83 m nach Norden bis zum Billekanal.

Die Aufhebungsverfügung sowie die Begründung und der Lageplan können in der Zeit vom 12. September 2014 bis 13. Oktober 2014 in der Hamburger Stadtentwässerung, Billhorner Deich 2, Zimmer E.1.002, 20539 Hamburg, während der Dienststunden eingesehen werden.

Die Aufhebungsverfügung gilt mit Ende der Auslegungsfrist als allen gegenüber bekannt gemacht.

Gegen diese Aufhebungsverfügung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe schriftlich oder zur Niederschrift bei der Hamburger Stadtentwässerung, Abgabenteilung, Billhorner Deich 2, 20539 Hamburg, Widerspruch erhoben werden.

Hamburg, den 12. September 2014

Die Hamburger Stadtentwässerung

Amtl. Anz. S. 1647

ANZEIGENTEIL

Behördliche Mitteilungen

Öffentliche Ausschreibung

- a) Freie und Hansestadt Hamburg
Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer
Zentrale Vergabestelle K 5
Sachsenfeld 3-5, 20097 Hamburg,
Telefon: 040/4 28 26 - 24 99, Telefax: 040/4 27 31 - 14 48
Angebote sind zu richten an:
Freie und Hansestadt Hamburg
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Eröffnungsstelle – Zentrale Vergabeaufsicht –
Zimmer E 01.421,
Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg
- b) Öffentliche Ausschreibung gemäß § 3 VOL/A
Vergabe Nr.: **ÖA-K5-329/14**
- c) Lieferung von insgesamt 4 Flüssigstreuautomaten mit
12.000 Liter Fassungsvermögen für die Hamburger Auto-
bahnmeistereien Stillhorn und Othmarschen
Leistungsort: Hamburg.
- d) Aufteilung in Lose: Nein
- e) Ausführungsfrist:
Beginn: sofort nach Zuschlag
Ende: spätestens 8. Dezember 2014
- f) Anforderung der Verdingungsunterlagen:
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Zentrale Vergabeaufsicht (ZVA), Zimmer E 01.272,
Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg,
Telefax: +49/40/4 27 31 - 05 27
Vom 9. September 2014 bis 29. September 2014,
montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 12.00 Uhr.
- g) Einsicht der Verdingungsunterlagen: siehe Buchstabe f)
- h) Kostenbeitrag für die Verdingungsunterlagen
Höhe des Kostenbeitrages: 5,- Euro
Erstattung: Nein
Zahlungsweise: Banküberweisung,
Schecks und Briefmarken werden nicht angenommen.
Empfänger:
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Konto-Nr.: 375 202 205, BLZ: 200 100 20
IBAN: DE50 2001 0020 0375 2022 05
BIC: PBNKDEFF200 Hamburg
Geldinstitut: Postbank Hamburg
Die Vergabeunterlagen werden nur versandt, wenn der
Nachweis über die Einzahlung vorliegt. Bei Bank- und
Postüberweisung bitte gleichzeitig Anforderungsschrei-
ben an die Anschrift Buchstabe f) schicken.
- i) Ende der Angebotsfrist: 30. September 2014, 11.15 Uhr
- l) Zahlungsbedingungen gemäß § 17 VOL/B.
- m) Geforderte Eignungsnachweise:
- Von in- und ausländischen Bietern ist eine Eigen-
erklärung zur Zuverlässigkeit abzugeben. Die Ver-
gabestelle wird für den Bieter, der den Zuschlag
erhalten soll, zur Bestätigung der Erklärung eine
Auskunft aus dem Gewerbezentralregister (§ 150a
Gewerbeordnung) beim Bundesamt für Justiz anfor-
dern bzw. anfordern lassen; von ausländischen Bie-
tern wird ggf. eine gleichwertige Bescheinigung ihres
Herkunftslandes gefordert. Vorlage nach Aufforde-

rung. Die Auskunft darf nicht älter als drei Monate
sein.

- Benennung des/der Geschäftsführer(s) bzw. sonsti-
gen verantwortlich handelnden Personen, für die die
Vergabestelle eine Abfrage beim Register zum Schutz
fairen Wettbewerbs durchführen muss; Name, Vor-
name, Geburtsdatum und Geburtsort dieser Perso-
nen; Einwilligung dieser Personen in die Nutzung
ihrer Daten für die Abfrage beim Register zum
Schutz des fairen Wettbewerbs. Bei Bietergemein-
schaften wird jedes Einzelunternehmen und deren
Geschäftsführung abgefragt.
 - Nachweis eines flächendeckenden Kundendienstes
durch mind. einen Firmenwerksmonteur (Werks-
kundendienst) bzw. eine zertifizierte Firmengeneral-
vertretung.
 - Referenzen über gelieferte Streuautomaten ver-
gleichbaren Typs in den letzten 2 Jahren.
- n) Die Bindefrist endet am 31. Oktober 2014
- o) Der Bewerber unterliegt mit der Abgabe seines Ange-
bots den Bestimmungen über nicht berücksichtigte An-
gebote (§ 19 VOL/A).

Hamburg, den 8. September 2014

Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

688

Öffentliche Ausschreibung

Vergabenummer: 14 A 0053

- a) Öffentlicher Auftraggeber (Vergabestelle):
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Pappelallee 41, 22089 Hamburg,
Telefon: + 49 (0)40 / 4 28 42 - 2 00,
Telefax: + 49 (0)40 / 4 27 92 - 12 00
E-Mail: PoststelleBundesbauabteilung@bba.hamburg.de
- b) Vergabeverfahren:
Öffentliche Ausschreibung, VOB/A
Vergabe: **14 A 0053**
Maßnahme: 62611 B 2014 BBN
Finkenwerderstraße 4, 21129 Hamburg
- c) Angaben zum elektronischen Vergabeverfahren und zur
Ver- und Entschlüsselung der Unterlagen: –
- d) Art des Auftrages:
Fm-Arbeiten für Hausalarmanlage
- e) Ort der Ausführung:
Zollamt, Finkenwerderstraße 4, 21129 Hamburg
- f) Art und Umfang der Leistung:
Allgemeine Merkmale der baulichen Anlage:
Installation einer GMA Hausalarm:
Funkrauchmelder
Funkhandmelder
Art und Umfang: Wartungsvertrag
- g) Erbringen von Planungsleistungen: Nein
- h) Aufteilung in Lose: Nein
- i) Ausführungsfrist:
Beginn der Ausführung: Spätestens 8 Werkzeuge nach
Auftragsschreiben
Fertigstellung der Leistung: am 5. Dezember 2014

- j) Nebenangebote: sind zugelassen
- k) Anforderung der Vergabeunterlagen:
bei Vergabestelle, siehe Buchstabe a).
Bewerbungsschluss: 23. September 2014
Versand der Verdingungsunterlagen: 29. September 2014
- l) Kosten für die Übersendung der Vergabeunterlagen in Papierform:
Höhe der Kosten: 8,- Euro
Zahlungsweise: Banküberweisung
Bargeld, Schecks und Briefmarken werden nicht angenommen!
Empfänger: siehe Buchstabe a)
Kontonummer: 1 027 210 333, BLZ: 200 505 50,
Geldinstitut: Hamburger Sparkasse
IBAN: DE 22 200 505 50 1027 210333
BIC-Code: HASPDEHHXXX
Verwendungszweck:
Kauf der Verdingungsunterlagen 14 A 0053
Fehlt der Verwendungszweck auf Ihrer Überweisung, so ist die Zahlung nicht zuordenbar und Sie erhalten keine Unterlagen.
Hinweis:
Die Vergabeunterlagen können nur versandt werden, wenn
- auf der Überweisung der Verwendungszweck angegeben wurde,
 - gleichzeitig mit der Überweisung die Vergabeunterlagen per Brief oder E-Mail (unter Angabe der vollständigen Firmenadresse) bei der Vergabestelle (siehe Buchstabe a) angefordert wurden,
 - das Entgelt auf dem Konto des Empfängers eingegangen ist.
- Das eingezahlte Entgelt wird nicht erstattet.
- o) Anschrift, an die die Angebote zu richten sind: Vergabestelle, siehe Buchstabe a).
- q) Angebotseröffnung:
16. Oktober 2014, 10.00 Uhr,
Ort: siehe Buchstabe a)
Personen, die bei der Eröffnung anwesend sein dürfen:
Bieter und ihre Bevollmächtigten
- r) Geforderte Sicherheiten: siehe Vergabeunterlagen
- t) Rechtsform der Bietergemeinschaften:
Gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter.
- u) Nachweise zur Eignung:
Präqualifizierte Unternehmen führen den Nachweis der Eignung durch den Eintrag in die Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen (Präqualifikationsverzeichnis). Bei Einsatz von Nachunternehmern ist auf Verlangen nachzuweisen, dass die vorgesehenen Nachunternehmer präqualifiziert sind oder die Voraussetzung für die Präqualifikation erfüllen.
Nicht präqualifizierte Unternehmen haben zum Nachweis der Eignung mit dem Angebot das ausgefüllte Formblatt 124 „Eigenerklärung zur Eignung“ vorzulegen. Bei Einsatz von Nachunternehmern sind die Eigenerklärungen auch für die vorgesehenen Nachunternehmer abzugeben, es sei denn, die Nachunternehmer sind präqualifiziert. In diesem Fall reicht die Angabe der Nummer, unter der die Nachunternehmer in der Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen (Präqualifikationsverzeichnis) geführt werden.

Gelangt das Angebot in die engere Wahl, sind die Eigenerklärungen (auch die der Nachunternehmer) durch Vorlage der in der „Eigenerklärung zur Eignung“ genannten Bescheinigungen zuständiger Stellen zu bestätigen.

Das Formblatt 124 (Eigenerklärungen zur Eignung) ist erhältlich.

Darüber hinaus hat der Bieter zum Nachweis seiner Fachkunde folgende Angaben gemäß § 6 Absatz 3 Nr. 3 VOB/A zu machen: keine

- v) Ablauf der Zuschlags- und Bindefrist: 17. November 2014
- w) Nachprüfung behaupteter Verstöße:
Nachprüfungsstelle (§ 21 VOB/A)
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Pappelallee 41, 22089 Hamburg,
Telefon: + 49 (0)40 / 4 28 42 - 450
- x) Sonstige Angaben:
Auskünfte zum Verfahren und zum technischen Inhalt erteilt: Vergabestelle, siehe Buchstabe a).
Technische Fragen:
Herr Börn, Telefon: 040/4 28 42 - 2 66

Hamburg, den 8. September 2014

**Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
– Bundesbaubehörde –**

689

- a) SBH | Schulbau Hamburg,
U 40 Einkauf/Vergabe,
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,
Telefon: 040/4 28 23 - 62 86,
Telefax: 040/4 27 31 - 01 43,
E-Mail: vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de
- b) Öffentliche Ausschreibung nach der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen – Teil A (VOB/A)
- c) Entfällt
- d) Öffentliche Ausschreibung
- e) Schule Hinter der Licht, Hinter der Lieth 61,
22529 Hamburg
- f) Vergabenummer: **SBH VOB Ö 41/14 AS**
Grundsanierung/Freianlagen
Zu erbringende Leistungen:
– Garten- und Landschaftsbauarbeiten
– Rasenflächen ca. 1400 m² neu wiederherstellen
– Asphaltflächen ca. 450 m² ausbauen/entsorgen
– Plattenfläche ca. 640 m² herstellen
– Lieferung/Aufbau von Bänken, Papierkörben, Abtrittrost
– Pflanz- und Saatarbeiten, Bäume, Bodendecker, usw.
– Entwässerungsgraben ca. 100 m
- Hinweis:**
Der zu schließende Vertrag unterliegt dem Hamburgischen Transparenzgesetz (HmbTG). Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen wird er nach Maßgabe der Vorschriften des HmbTG im Informationsregister veröffentlicht. Unabhängig von einer möglichen Veröffentlichung kann der Vertrag Gegenstand von Auskunftsanträgen nach dem HmbTG sein.
- g) Keine Planungsleistungen
- h) Entfällt
- i) Baubeginn: 42. Kalenderwoche
Bauende: 48. Kalenderwoche

- j) Nebenangebote sind nicht zugelassen.
- k) Anforderung der Vergabeunterlagen, sowie Verkauf und Einsichtnahme: vom 4. September 2014 bis 24. September 2014, 9.00 Uhr bis 15.00 Uhr, Anschrift siehe Buchstabe a).
- l) Höhe des Kostenbeitrages: 10,- Euro
Erstattung: Nein
Zahlungsweise: Banküberweisung, Schecks und Briefmarken werden nicht angenommen.
Empfänger:
SBH Schulbau Hamburg,
Kontonummer: 201 015 29, BLZ: 200 000 00,
IBAN DE 252 0000000020101529,
BIC MARKDEF1200,
Geldinstitut: Deutsche Bundesbank Hamburg,
Verwendungszweck: 7005851, SBH VOB Ö 41/14 AS
Die Vergabeunterlagen werden nur versandt, wenn der Nachweis über die Einzahlung vorliegt. Bei Bank- und Postüberweisung bitte gleichzeitig Anforderungsschreiben an die Anschrift Buchstabe a), per Telefax oder an die E-Mail-Adresse senden. Bitte nur eine der Varianten wählen. Auf der Anforderung bitte die Belegenheit, das Gewerk und die Vergabenummer angeben.
- m) Entfällt
- n) Die Angebote können bis zum 25. September 2014 bis 10.10 Uhr eingereicht werden.
- o) Anschrift:
SBH | Schulbau Hamburg,
U 40 Einkauf/Vergabe,
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg
- p) Sie sind in deutscher Sprache abzufassen.
- q) Die Eröffnung der Angebote findet statt am 25. September 2014 um 10.10 Uhr.
Anschrift: siehe Buchstabe o).
Bieter und ihre Bevollmächtigten.
- r) siehe Vergabeunterlagen.
- s) Zahlungsbedingungen: siehe Vergabeunterlagen.
- t) Gesamtschuldnerisch haftende Arbeitsgemeinschaft mit bevollmächtigtem Vertreter.
- u) Der Bieter hat zum Nachweis seiner Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit auf Verlangen Angaben gemäß § 6 Absatz 3 VOB/A zu machen. Auf Verlangen hat der Bieter diese Angaben für eventuelle Nachunternehmen beizubringen.
- v) Die Zuschlagsfrist endet am 24. September 2014.
- w) Beschwerdestelle:
FB SBH | Schulbau Hamburg,
Frau Gertrud Theobald, Geschäftsführerin
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,
Telefax: 040/4 27 31 - 01 37

Hamburg, den 5. September 2014

Die Finanzbehörde

690

Auftragsbekanntmachung**ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER**

- I.1) **Name, Adressen und Kontaktstelle(n)**
Offizielle Bezeichnung:
Freie und Hansestadt Hamburg,
FB SBH | Schulbau Hamburg
Postanschrift:
Freie und Hansestadt Hamburg,
FB SBH | Schulbau Hamburg,

U 40, Einkauf/Vergabe,
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,
Deutschland
Kontaktstelle(n):
Zu Händen von: Frau Kirsten Spann
Telefon: +49/040/4 28 23 - 62 68
Telefax: +49/040/4 27 31 - 01 43
E-Mail: vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de
Internet-Adresse(n):
Hauptadresse des öffentlichen Auftraggebers/
des Auftraggebers:
<http://www.hamburg.de/schulbau/>
Weitere Auskünfte erteilen:

die oben genannten Kontaktstellen
Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen
(einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) verschicken:

die oben genannten Kontaktstellen
Angebote/Teilnahmeanträge sind zu richten an:
die oben genannten Kontaktstellen

I.2) Art des öffentlichen Auftraggebers

Regional- oder Lokalbehörde

I.3) Haupttätigkeit(en)

Allgemeine öffentliche Verwaltung

I.4) Auftragsvergabe im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber

Der öffentliche Auftraggeber/Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber/Auftraggeber: Nein

ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND**II.1) Beschreibung**

- II.1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auftraggeber/den Auftraggeber
VOF Umbau und Sanierung des Gymnasium Christianeum am Standort Otto-Ernst-Straße 34, Hamburg – Los 1: Objektplanung gem. § 34 HOAI – Los 2: Technische Ausrüstung gem. § 55 HOAI.

- II.1.2) Art des Auftrags sowie Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung:

Dienstleistungen

Dienstleistungskategorie Nr: 12

Hauptort der Ausführung, Lieferung
oder Dienstleistungserbringung: Hamburg
NUTS-Code: DE600

- II.1.3) Angaben zum öffentlichen Auftrag, zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem (DBS):

Die Bekanntmachung betrifft einen öffentlichen Auftrag.

- II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung: –

- II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens:

Die Freie und Hansestadt Hamburg hat zum 1. Januar 2013 gemäß § 26 (1) Landeshaushaltsordnung den Landesbetrieb SBH | Schulbau Hamburg (nachstehend SBH genannt) gegründet. Dieser Landesbetrieb hat die Aufgabe, die Schulimmobilien unter Berücksichtigung der

schulischen Belange nach wirtschaftlichen Grundsätzen zu planen, zu bauen, zu unterhalten und zu bewirtschaften und die mehr als 400 Schulen an die Behörde für Schule und Berufsbildung (BSB) zu vermieten. Die Schulimmobilien umfassen sämtliche für schulische Zwecke genutzten Grundstücke und Gebäude der staatlichen und beruflichen Schulen. Die Grundstücksfläche beträgt etwa 9,1 Mio. m² und die Hauptnutzungsfläche etwa 3,1 Mio. m².

In dieser Tätigkeit wurde Schulbau Hamburg mit dem Umbau und der Sanierung des Gymnasiums Christianeum am Standort Otto-Ernst-Straße 34 in Hamburg beauftragt.

Das städtische altsprachliche Gymnasium Christianeum liegt in Hamburg im Stadtteil Othmarschen in relativ zentraler Lage, unweit des S-Bahn-Anschlusses. Es ist umgeben von einer starken einzelhausdominierten Bebauung. Das Denkmalschutzamt stuft das Gebäude als eines der bedeutendsten Schuldenkmäler Hamburgs ein. Der Architekt Arne Jacobsen errichtete den kompakten Schulkomplex in den Jahren 1968–1971 in einer für ihn typischen Formen- und Detailsprache, nach vorausgegangenem Wettbewerb 1965.

Nicht nur der Baukörper, die Außenanlagen, sondern die gesamte Innenarchitektur/Einrichtung sind Entwürfe von Arne Jacobsen. Bemerkenswert ist die Flexibilität des Baukörpers. Arne Jacobsen plante die Zukunft – d.h. spätere Erweiterungen des komplexen Gebäudes konnten in die Hochkeller eingeplant werden, die höhengleich mit dem Erdgeschoss ausgebildet sind. So konnte bisher eine Veränderung der Struktur des Baukörpers vermieden werden.

Das Christianeum beinhaltet eine historische Bibliothek, die bis ins Gründungsjahr 1738 zurückgreift. Zudem ist eine Lehrerbibliothek (ca. 29.000 Bände) mit wissenschaftlichen Sammlungscharakter, die Bestände werden seit 1850 in Form einer systematischen Präsenzaufstellung erfasst, integraler Bestandteil des Christianeums ebenfalls seit 1738.

Die Außenanlagen, nicht nur die Schulhofflächen im 1. OG, sondern auch die Beschaffenheit der Sportanlagen und Freiflächen im EG, stehen unter Denkmalschutz.

Die Fertigstellung der Baumaßnahme ist für 2017 vorgesehen.

Die Maßnahme umfasst die innere Sanierung (alle Innenräume, Gebäudetechnik und übrige WC-Anlagen, insg. ca. 7.990 m² Mietfläche) sowie den Umbau zur Realisierung eines um vier Räume erhöhten Bedarfs anallg. Unterrichtsräumen. Hierbei sind Klassenräume in einem Gesamtumfang von insg. ca. 780 m² Mietfläche umzubauen.

Für das Bauvorhaben besteht eine Kostenobergrenze für die Sanierung und die Umbaumaßnahme in Höhe von ca. 4,84 Mio. Euro (Bruttobaukosten KG 200 bis 700 gem. DIN 276, inkl. MwSt.).

Die zu vergebenden Leistungen bestehen aus:

LOS 1:

- Leistungsphase 2 und 3 Objektplanung gem. § 34 HOAI;

- Leistungsphasen 1 (teilweise), sowie 4 bis 9 Objektplanung gem. § 34 HOAI, als optionale Beauftragung durch Bestimmung der AG (ggf. in noch von der Auftraggeberin festzulegenden Stufen).

LOS 2:

- Leistungsphase 1 (teilweise) sowie Leistungsphase 2 und 3 Technische Ausrüstung gem. § 55 HOAI, Anlagengruppen 1–8 gem. § 53 (2) HOAI
- Leistungsphasen 4 bis 9 Technische Ausrüstung gem. § 55 HOAI, Anlagengruppen 1–8 gem. § 53 (2) HOAI, als optionale Beauftragung durch Bestimmung der AG (ggf. in noch von der Auftraggeberin festzulegenden Stufen).

An dem Standort war ein Architekturbüro mit einer Variantenuntersuchung möglicher Realisierung ergänzender Unterrichtsräume im Bestand sowie eine begleitende Projektsteuerung bei bereits abgeschlossenen Maßnahmen (insb. GBS) involviert. Die Variantenuntersuchung wird (ggf. in Auszügen) allen Bietern mit der Aufforderung zur Angebotsabgabe zur Verfügung gestellt. Diese sind von der Teilnahme am Verhandlungsverfahren nicht ausgeschlossen.

Die Schulleitung nimmt ggf. in beratender Funktion an den Angebotsverhandlungen teil. Ggf. werden weitere Vertreter aus behördlichem Kontext in beratender Funktion teilnehmen (Denkmalschutz). Die Vergabestelle lässt sich in der operativen Umsetzung dieses VOF-Verfahrens durch D&K drost consult GmbH, Hamburg, unterstützen und beratend begleiten.

II.1.6) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)

Hauptgegenstand: 71240000

II.1.7) Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): Ja

II.1.8) Lose:

Aufteilung des Auftrags in Lose: Ja

Angebote sind möglich für ein oder mehrere Lose.

II.1.9) Varianten/Alternativangebote sind zulässig: –

II.2) **Menge oder Umfang des Auftrags**

II.2.1) Gesamtmenge bzw. -umfang:

Gemäß Schwellenwertberechnung wird das Honorarvolumen auf ca. 370.000 Euro für LOS 1 (Objektplanung) und ca. 210.000 Euro für LOS 2 (Technische Ausrüstung) inklusive Nebenkosten und ohne Umsatzsteuergeschätzt.

Geschätzter Wert ohne MwSt: 580.000,- Euro

II.2.2) Angaben zu Optionen: Ja

LOS 1:

Leistungsphasen 1 (teilweise) 4 bis 9 Objektplanung gem. § 34 HOAI, als optionale Beauftragung durch Bestimmung der AG (ggf. in noch von der Auftraggeberin festzulegenden Stufen).

LOS 2:

Leistungsphasen 4 bis 9 Technische Ausrüstung gem. § 55 HOAI, Anlagengruppen 1–8 gem. § 53 (2) HOAI als optionale Beauftragung durch Bestimmung der AG (ggf. in noch von der Auftraggeberin festzulegenden Stufen).

- II.2.3) Angaben zur Vertragsverlängerung:
Dieser Auftrag kann verlängert werden: Nein
- II.3) **Vertragslaufzeit bzw. Beginn und Ende der Auftragsausführung:**
Laufzeit: 36 Monate ab Auftragsvergabe

ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE INFORMATIONEN

III.1) Bedingungen für den Auftrag

- III.1.1) Geforderte Kautionen und Sicherheiten:
Deckungssummen der Berufshaftpflicht pro LOS: Deckungssummen für Personenschäden von mindestens 1.500.000 Euro (pro Schadensfall) und für sonstige Schäden von mindestens 500.000 Euro (pro Schadensfall) bei einem in der EU zugelassenen Haftpflichtversicherer oder Kreditinstitut. Versicherungsnachweise bei Bietergemeinschaften müssen von jedem Mitglied einzeln und die Deckungssummen in voller Höhe nachgewiesen werden. Es ist pro LOS der Nachweis zu erbringen, dass die Maximierung der Ersatzleistung mindestens das Zweifache der Versicherungssumme beträgt, d.h. die Versicherung muss bestätigen, dass für den Fall, dass bei der Bewerberin bzw. dem Bewerber mehrere Versicherungsfälle in einem Jahr eintreten (z.B. aus anderen Verträgen mit anderen Auftraggebern), die Obergrenze für die Zahlungsverpflichtung der Versicherung bei mindestens dem Zweifachen der obenstehenden Versicherungssummen liegt.

Die Auftraggeberin behält sich vor, die Höhe der oben geforderten Mindestdeckungssummen im weiteren Verfahren zum Gegenstand der Verhandlungen zu erklären. In diesem Zusammenhang erklärt der Bewerber/in insofern seine bzw. ihre Bereitschaft sowohl zur Anpassung auf die oben geforderten Mindestdeckungssummen als auch im Bedarfsfall zur Erhöhung der oben geforderten Mindestdeckungssummen. (Die schriftliche Bestätigung der Versicherung der Bewerber/innen, die Berufshaftpflicht im Auftragsfall auf die geforderten Höhen anzuheben oder zum Abschluss einer objektbezogenen Versicherung bereit zu sein, ist als Nachweis ausreichend.)

- III.1.2) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen bzw. Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften: –
- III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird:
Bietergemeinschaften sind zugelassen, wenn jedes Mitglied der Bietergemeinschaft gesamtschuldnerisch haftet und ein Mitglied als Projektleiter und Ansprechpartner dem Auftraggeber gegenüber benannt und mit unbeschränkter Vertretungsbefugnis ausgestattet wird.
- III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen:
Für die Ausführung des Auftrags gelten besondere Bedingungen: Ja
Der jeweilige Auftragnehmer pro LOS sowie sämtliche mit der Ausführung befassten Beschäftigten desselben werden nach Maßgabe des Gesetzes über die förmliche Verpflichtung nicht-beamteter Personen (Verpflichtungsgesetz) vom 02.03.1974, geändert durch das Gesetz vom

15.08.1974, durch die zuständige Stelle des Auftraggebers gesondert verpflichtet. Eigenerklärung zur Tariftreue und zur Zahlung eines Mindestlohnes gemäß § 3 Hamburgisches Vergabegesetz.

III.2) Teilnahmebedingungen

- III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Angaben der Bewerber gemäß VOF § 4 (2), (3); § 4 (6) a) bis g), (9) a) bis e); § 5 (1). Die Durchführung der Leistungen soll gem. § 2 (3) unabhängig von Ausführungs- und Lieferinteressen erfolgen. Mit dem Teilnahmeantrag sind pro LOS folgende Unterlagen und Erklärungen abzugeben:

- ausgefüllter Bewerberbogen, anzufordern bei der genannten Kontaktstelle;
- Anlage 1A: Nachweis über die Eintragung im Berufs- bzw. Handelsregister nach Maßgabe der jeweiligen Rechtsvorschrift (in Kopie);
- Anlage 1B: Eigenerklärung zur Zuverlässigkeit (Vordruck);
- Anlage 1C: Erklärung, ob und auf welche Art der Bewerber auf den Antrag bezogen in relevanter Weise mit anderen zusammenarbeitet (Vordruck);
- Anlage 1D: Bereitschaft zur Verpflichtung gem. Verpflichtungsgesetz (Vordruck);
- Anlage 1E: Bevollmächtigung des Vertreters bei Bietergemeinschaften (Vordruck);
- Anlage 1F: Angaben zu Auftragsteilen in einer Bietergemeinschaft (Vordruck);
- Anlage 1G: Erklärung über die Leistungsbereitstellung bei Unterauftragsnehmern (Vordruck);
- Anlage 1H: Eigenerklärung zur Tariftreue und zur Zahlung eines Mindestlohnes gemäß § 3 Hamburgisches Vergabegesetz (Vordruck);
- Anlage 2A: Bescheinigung über eine abgeschlossene Berufshaftpflichtversicherung mit den unter III.1.1 genannten Deckungssummen (in Kopie) und die schriftliche Erklärung der Bereitschaft einer etwaigen Anhebung gemäß Ziffer III.1.1. Bei Bietergemeinschaften siehe Ziffer III.1.1;
- Anlage 3A: Nachweis über die Berufszulassung oder Bescheinigung über die berufliche Befähigung des Bewerbers (in Kopie);
- Anlage 3B: LOS 1: Darstellung von zwei vergleichbaren Referenzprojekten für Leistungen gem. § 34 HOAI (siehe III.2.3) mit Referenzschreiben.
- Anlage 3B: LOS 2: Liste von Referenzprojekten (siehe III.2.3).

Die aufgezählten Nachweise müssen aktuell (bis auf Kammerurkunden, Diplom-Urkunden und Referenzschreiben), nicht älter als 12 Monate und noch gültig sein. Die geforderten Unterlagen sind bei Bietergemeinschaften für alle Mitglieder vorzulegen, wobei jedes Mitglied seine Eignung für die Leistungsnachweisen muss, die es über-

nehmen soll; die Aufteilung ist anzugeben. Ausländische Bewerber können an der Stelle der geforderten Eignungsnachweise auch vergleichbare Nachweise vorlegen. Sie werden anerkannt, wenn diese nach Maßgabe der Rechtsvorschriften des Staates, in dem das Unternehmen ansässig ist, erstellt wurden.

Bestätigungen in anderen als der deutschen Sprache sind in Übersetzung vorzulegen.

Das Format der Unterlagen darf DIN A3 nicht überschreiten. Die einzureichenden Unterlagen bitte deutlich sichtbar mit Ziffern und Buchstaben in der im Bewerbungsbogen vorgegebenen Reihenfolge kennzeichnen.

Die Bewerbung und zugehörige Unterlagen werden nicht zurückgesandt. Die Bewerbung ist für jedes LOS separat in einem als Teilnahmeantrag (mit Angabe der Vergabenummer) gekennzeichneten, verschlossenen Umschlag einzureichen.

Für die geforderten Angaben sind die Vordrucke sowie der Bewerbungsbogen für jedes LOS gesondert auszufüllen. Diese sind schriftlich oder unter der Email vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de anzufordern.

Es wird bei der Abforderung der Unterlagen darum gebeten, die Losnummer anzugeben, für dessen Leistung die Bewerbungsunterlagen benötigt werden. Eine Bewerbung ist für ein oder zwei LOSE möglich. Die Nachweise und Erklärungen sind für jedes LOS separat einzureichen.

Es sind nur Bewerbungen mit vollständig ausgefülltem und unterschriebenem Bewerbungsbogen sowie der beigefügten Vordrucke und den darin geforderten Angaben und Anlagen einzureichen. Der Bewerberbogen und die Vordrucke sind in den Originalen an den gekennzeichneten Stellen zu unterschreiben. Gescannte oder kopierte Unterschriften werden nicht zugelassen. Die Vergabestelle behält sich vor, weitere Angaben zu fordern.

III.2.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

A) Pro LOS ein aktueller Nachweis (nicht älter als 12 Monate und noch gültig) der Berufshaftpflichtversicherung oder eine entsprechende, umfassende Bankerklärung (mind. 1,5 Mio. Euro für Personenschäden, mind. 0,5 Mio. Euro für sonstige Schäden; jeweils 2-fach maximiert).

B) Erklärung über den Teilumsatz des Bewerbers für den Leistungsbereich Objektplanung gem. § 34 HOAI (LOS 1) in den letzten drei Geschäftsjahren (je Jahr; 2011, 2012, 2013). Der durchschnittliche Jahresteilumsatz muss mindestens 350.000 Euro (netto) erreichen.

Erklärung über den Teilumsatz des Bewerbers für den Leistungsbereich Technische Ausrüstung gem. § 55 (LOS 2) in den letzten drei Geschäftsjahren (je Jahr; 2011, 2012, 2013). Der durchschnittliche Jahresteilumsatz muss mindestens 200.000 Euro (netto) erreichen.

Sofern in Bietergemeinschaft bzw. mit Unterbeauftragungen angeboten wird, muss die Jahresgesamtsumme aller Bieter der Gemeinschaft bzw. inkl. der Unterauftragnehmer zusammen den

genannten Mindestwert erreichen. In der Erklärung sind die Umsatzzahlen jeweils pro Mitglied der Bietergemeinschaft oder Unterbeauftragung einzeln anzugeben.

Um auch Berufsanfängern die Möglichkeit der Teilnahme am Verhandlungsverfahren zu eröffnen, sieht § 5 Abs. 4 VOF aus berechtigten Gründen (z.B. erst vor Kurzem erfolgte Unternehmensgründung) vor, dass die Leistungsfähigkeit durch andere, als geeignet erachtete Belege nachgewiesen werden kann (z.B. über die Höhe des Haftungskapitals, Bürgschaftserklärungen Dritter o.ä.).

III.2.3) Technische Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

A) Nachweis der beruflichen Befähigung des Bewerbers/der für die Leistung vorgesehenen Personen, hier für LOS 1:

– Architekt/in für die Leistung Objektplanung gem. § 34 HOAI

Nachweis der beruflichen Befähigung des Bewerbers/der für die Leistung vorgesehenen Personen, hier für LOS 2:

– Ingenieur/in für die Leistung Technische Ausrüstung gem. § 55 HOAI (HLS, Anlagengruppen 1–3) oder (ELT, Anlagengruppen 4+5),

B) Für LOS 1: Nachweis der erbrachten Leistungen für zwei Projekte für den Leistungsbereich Objektplanung gem. § 34 HOAI.

Die Projekte müssen innerhalb der vergangenen 8 Jahre (Stichtag 01.01.2006) mit dem Abschluss der Leistungsphase 8 und einer Übergabe an die Nutzer realisiert worden sein.

Entsprechende Referenzen sind unter der Angabeder Projektbeschreibung, Angabe der erbrachten Leistungen gem. HOAI (Leistungsbild und Leistungsphasen), Angabe des Leistungszeitraums von Beginn bis Abschluss Leistungsphase 8 und Übergabe an den Nutzer, Angabe der Baukosten (KG 300+400 gem. DIN 276), der Nennung der maßgeblich beteiligten Projektleiter/in und ggf. beteiligte Unterauftragnehmer/ARGE-Partner, der Nennung des Bauherren mit Ansprechpartner und Telefonnummer und Referenzschreiben oder Referenzbestätigung des Bauherren einzureichen.

Die zwei vergleichbaren Referenzprojekte sind auf maximal je einem Blatt DIN A3 detailliert vorzustellen.

Aus den Referenzen soll die Qualifikation des Bewerbers hinsichtlich Erfahrung mit vergleichbaren Projekten ersichtlich werden. Mit den Referenzen ist zwingend eine Erfahrung mit öffentlichen Auftraggebern und mit Erfahrung von Objekten unter Denkmalschutz nachzuweisen.

Für LOS 2: Nachweis der erbrachten Leistungen für zwei Projekte für den Leistungsbereich Technische Ausrüstung gem. § 55 HOAI. Leistungsübersicht: Liste der wesentlichen in den vergangenen max. 6 Jahren (Stichtag 1.1.2008; die Projekte müssen mit dem Abschluss der Leistungsphase 8 und der Übergabe an die Nutzer realisiert worden sein) erbrachten Leistungen unter Angabe:

- Projektbezeichnung
- Kosten der Kostengruppe 400 (in Euro; netto)
- Größe (BGF)
- (öffentlichen/privaten) Auftraggebers (inkl. Nennung des Ansprechpartners mit Kontaktdaten)
- Leistungszeitraum
- ausgeführte Leistungsphasen und Anlagengruppen
- ggf. Besonderheiten wie z.B. Bauen im Bestand, Bauen im laufenden Betrieb, Sanierung, etc. Aus den Referenzen soll die Qualifikation des Bewerbers hinsichtlich Erfahrung mit vergleichbaren Projekten ersichtlich werden. Mit den Referenzen ist zwingend eine Erfahrung mit öffentlichen Auftraggebern nachzuweisen.

C) Angabe der im Jahresdurchschnitt beschäftigten Mitarbeiter und Führungskräfte der letzten drei Jahre (je Jahr 2011, 2012, 2013).

Für LOS 1: Im Bereich Objektplanung gem. § 34 HOAI sind mind. 4 Ingenieure/innen im Durchschnitt der letzten drei Jahre nachzuweisen.

Für LOS 2: Im Bereich Technische Ausrüstung gem. § 55 HOAI (HLS, Anlagegruppen 1–3) sind mind. 2 Ingenieure/innen, im Bereich Technische Ausrüstung gem. § 55 HOAI (ELT, Anlagegruppen 4+5) sind mind. 2 Ingenieure/innen im Durchschnitt der letzten drei Jahre nachzuweisen.

III.2.4) Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen: –

III.3) **Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge**

III.3.1) Angaben zu einem besonderen Berufsstand:

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten: Ja

Geforderte Berufsqualifikation gem. § 19 VOF. Als Berufsqualifikation werden für LOS 1 der Beruf Architekt/in für die Leistungen gem. § 34 HOAI und für LOS 2 der Beruf Ingenieur/in für die Leistungen gem. § 55 HOAI (HLS + ELT) gefordert. Juristische Personen sind zugelassen, wenn sie für die Durchführung der Aufgabe verantwortliche Berufsangehörige gemäß vorangegangenen Satz benennen.

III.3.2) Für die Erbringung der Dienstleistung verantwortliches Personal:

Juristische Personen müssen die Namen und die beruflichen Qualifikationen der Personen angeben, die für die Erbringung der Dienstleistung verantwortlich sind: Ja

ABSCHNITT IV: VERFAHREN

IV.1) **Verfahrensart**

IV.1.1) Verfahrensart: Verhandlungsverfahren

Einige Bewerber sind bereits ausgewählt worden: Nein

IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefördert werden:

Geplante Mindestzahl: 3, Höchstzahl: 5

Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:

Die geplanten Mindest- und Höchstzahlen gelten jeweils für LOS 1 und LOS 2. Die Bewerbung ist für ein oder zwei Lose möglich. Der Auftraggeber behält sich vor, eine Auswahl für ein oder zwei Lose zu treffen, sofern eine Bewerbung für beide Lose unterbreitet wird. Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern: Der Auftraggeber wählt anhand der erteilten Auskünfte über die Eignung der Bewerber sowie anhand der Auskünfte und Formalien, die zur Beurteilung der von diesen zu erfüllenden wirtschaftlichen und technischen Mindestanforderungen erforderlich sind, unter den Bewerbern, die nicht ausgeschlossen wurden und die die genannten Anforderungen erfüllen, diejenigen aus, die er zur Verhandlung auffordert. Die Auswahl für LOS 1 erfolgt anhand von zwei Referenzen für den Leistungsbereich der Objektplanung gem. § 34 HOAI jeweils in den Kriterien vergleichbare Größe (0-1 Punkt), vergleichbare Bauaufgabe (0-3 Punkte), vergleichbares Leistungsbild (0-2 Punkte), vergleichbare angestrebte Qualität (0-1 Punkte) und die Vorlage eines Referenzschreibens oder Referenzbestätigung vom Bauherren (0-1 Punkt). Insgesamt können mit den Referenzen zusammen maximal 16 Punkte für LOS 1 erreicht werden. Näheres hierzu siehe Abschnitt 3. des Auswahlbogens. Die Auswahl für LOS 2 erfolgt anhand der für den Leistungsbereich der technischen gem. § 55 HOAI eingereichten zwei Referenzliste. Auswahlkriterien (gewertet werden die Projekte aus der Referenzliste): 1.) Die Projektkosten in der KG 400 erreichen mind. 600.000 Euro (netto): kein Projekt = 0 Punkte; 1 Projekt = 1 Punkt; 2 Projekte = 2 Punkte, 3 oder mehr Projekte = 3 Punkte (insgesamt max. 3 Punkte). 2.) Leistungsphasen 2 bis 8 wurden (durchgängig) erbracht: kein Projekt = 0 Punkte, 1 Projekt = 1 Punkt; 2 Projekte = 2 Punkte, 3 oder mehr Projekte = 3 Punkte (insgesamt max. 3 Punkte). 3.) Die Bereiche HLS und ELT wurden bearbeitet: kein Projekt = 0 Punkte; 1 Projekt = 1 Punkt; 2 Projekte = 2 Punkte; 3 oder mehr Projekte = 3 Punkte (insgesamt max. 3 Punkte). 4.) Bei dem Projekt handelt es sich um eine Sanierungs- oder Umbaumaßnahme: kein Projekt = 0 Punkte; 1 Projekt = 1 Punkt; 2 Projekte = 2 Punkte; 3 oder mehr Projekte = 3 Punkte (insgesamt max. 3 Punkte). 5.) Das Projekt wurde im laufenden Betrieb durchgeführt: kein Projekt = 0 Punkte; 1 Projekt = 1 Punkt; 2 Projekte = 2 Punkte; 3 oder mehr Projekte = 3 Punkte (insgesamt max. 3 Punkte). Insgesamt sind max. 15 Punkte für LOS 2 zu erzielen. Der dabei je LOS verwendete Auswahlbogen mit den formalen Kriterien, Mindestanforderungen und Auswahlkriterien wird mit dem Bewerbungsbogen für das jeweilige LOS versandt. Erfüllen mehrere Bewerber gleichermaßen die Anforderungen und ist die Bewerberzahl nach einer objektiven Auswahl entsprechend der zu Grunde gelegten Kriterien in einem LOS oder in beiden LOSEN zu hoch, behält sich die Vergabestelle vor, die Teilnehmeranzahl je LOS zu erhöhen oder gem. § 10 (3) VOF unter den verbliebenen Bewerbern zu lösen.

IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs:

Abwicklung des Verfahrens in aufeinander folgenden Phasen zwecks schrittweiser Verringe-

zung der Zahl der zu erörternden Lösungen bzw. zu verhandelnden Angebote: Nein

IV.2) **Zuschlagskriterien**

IV.2.1) Zuschlagskriterien:

Das wirtschaftlich günstigste Angebot in Bezug auf die nachstehenden Kriterien:

Kriterien	Gewichtung
1. Fachlicher Wert	20 %
2. Qualität	30 %
3. Kundendienst	10 %
4. Ausführungszeitraum	10 %
5. Preis/Honorar	30 %

IV.2.2) Angaben zur elektronischen Auktion

Eine elektronische Auktion wird durchgeführt: Nein

IV.3) **Verwaltungsangaben**

IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber: SBH VOF 026/2014

IV.3.2) Frühere Bekanntmachungen desselben Auftrags: Nein

IV.3.3) Bedingungen für den Erhalt von Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung:

Schlussstermin für die Anforderung von Unterlagen oder die Einsichtnahme: 2. Oktober 2014, 14.00 Uhr

Kostenpflichtige Unterlagen: Nein

IV.3.4) Schlussstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge: 6. Oktober 2014, 14.00 Uhr

IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderung zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber: –

IV.3.6) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können: Folgende Amtssprache(n) der EU: DE

IV.3.7) Bindefrist des Angebots: –

IV.3.8) Bedingungen für die Öffnung der Angebote: –

ABSCHNITT VI: WEITERE ANGABEN

VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags:**

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: Nein

VI.2) **Angaben zu Mitteln der Europäischen Union:**

Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der Europäischen Union finanziert wird: Nein

VI.3) **Zusätzliche Angaben:**

Anfragen von Bewerbern werden in anonymisierter Form nebst Beantwortung auf der folgenden Homepage veröffentlicht:

<http://www.hamburg.de/fb/sbh-ausschreibungen>

Die Beauftragung erfolgt stufenweise. Weitere vorläufige Termine des dem Teilnahmewettbewerb anschließenden Verhandlungsverfahrens: LOS 1: Versendung der Angebotsaufforderung 44. KW 2014; Einreichung der Honorarangebote 47. KW 2014; Verhandlungsgespräche 48. KW 2014.

LOS 2: Versendung der Angebotsaufforderung 44. KW 2014; Einreichung der Honorarangebote

47. KW 2014; Verhandlungsgespräche 49. KW 2014.

Die zu schließenden Verträge unterliegt dem Hamburgischen Transparenzgesetz (HmbTG). Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen wird er nach Maßgabe der Vorschriften des HmbTG im Informationsregister veröffentlicht. Unabhängig von einer möglichen Veröffentlichung kann der Vertrag Gegenstand von Auskunftsanträgen nach dem HmbTG sein.

VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/ Nachprüfungsverfahren**

VI.4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/ Nachprüfungsverfahren

Offizielle Bezeichnung:

Vergabekammer der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

Postanschrift:

Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg, Deutschland

Telefax: +49/040/4 28 40 - 20 39

VI.4.2) Einlegung von Rechtsbehelfen (siehe Abschnitt VI.4.2 oder ggf. Abschnitt VI.4.3)

Gemäß § 107 Absatz 1 GWB leitet die Vergabekammer ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. Der Antrag ist gemäß § 107 Absatz 3 Nr. 1 GWB unzulässig, wenn der Antragsteller den gerügten Verstoß gegen Vergabevorschriften im Vergabeverfahren erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht unverzüglich gerügt hat. Die Rüge gilt nur dann als unverzüglich, wenn sie nicht später als 14 Kalendertage nach Kenntnis des behaupteten Verstoßes eingelegt wird.

Des Weiteren ist gemäß § 107 Absatz 3 Nr. 4 GWB der Nachprüfungsantrag unzulässig, wenn mehr als 15 Tage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

VI.4.3) Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt:

Offizielle Bezeichnung:

SBH | Schulbau Hamburg,

Rechtsabteilung U 1,
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg, Deutschland

Telefax: +49/040/4 27 31 - 01 43

E-Mail: vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de

VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:** 5. September 2014

ANHANG B ANGABE ZU DEN LOSEN

Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auftraggeber: VOF Umbau und Sanierung des Gymnasium Christianeum am Standort Otto-Ernst-Straße 34, Hamburg – Los 1: Objektplanung gem. § 34 HOAI – Los 2: Technische Ausrüstung gem. § 55 HOAI.

Los-Nr. 1

Bezeichnung: Cristianeum Otto-Ernst-Straße 34 – Objektplanung

1)

Kurze Beschreibung:

Die Freie und Hansestadt Hamburg hat zum 01.01.2013 gemäß § 26 (1) Landeshaushaltsordnung den Landesbetrieb SBH | Schulbau Ham-

burg (nachstehend SBH genannt) gegründet. Dieser Landesbetrieb hat die Aufgabe, die Schulimmobilien unter Berücksichtigung der schulischen Belange nach wirtschaftlichen Grundsätzen zu planen, zu bauen, zu unterhalten und zu bewirtschaften und die mehr als 400 Schulen an die Behörde für Schule und Berufsbildung (BSB) zu vermieten. Die Schulimmobilien umfassen sämtliche für schulische Zwecke genutzten Grundstücke und Gebäude der staatlichen und beruflichen Schulen. Die Grundstücksfläche beträgt etwa 9,1 Mio. m² und die Hauptnutzungsfläche etwa 3,1 Mio. m².

In dieser Tätigkeit wurde Schulbau Hamburg mit dem Umbau und der Sanierung des Gymnasiums Christianeum am Standort Otto-Ernst-Straße 34 in Hamburg beauftragt.

Das städtische altsprachliche Gymnasium Christianeum liegt in Hamburg im Stadtteil Othmarschen in relativ zentraler Lage, unweit des S-Bahn-Anschlusses. Es ist umgeben von einer starken einzelhausdominierten Bebauung. Das Denkmalschutzamt stuft das Gebäude als eines der bedeutendsten Schuldenkmäler Hamburgs ein. Der Architekt Arne Jacobsen errichtete den kompakten Schulkomplex in den Jahren 1968–1971 in einer für ihn typischen Formen- und Detailsprache, nach vorausgegangenem Wettbewerb 1965.

Nicht nur der Baukörper, die Außenanlagen, sondern die gesamte Innenarchitektur/Einrichtung sind Entwürfe von Arne Jacobsen. Bemerkenswert ist die Flexibilität des Baukörpers. Arne Jacobsen plante die Zukunft – d.h. spätere Erweiterungen des komplexen Gebäudes konnten in die Hochkeller eingeplant werden, die höhengleich mit dem Erdgeschoss ausgebildet sind. So konnte bisher eine Veränderung der Struktur des Baukörpers vermieden werden.

Das Christianeum beinhaltet eine historische Bibliothek, die bis ins Gründungsjahr 1738 zurückgreift. Zudem ist eine Lehrerbibliothek (ca. 29.000 Bände) mit wissenschaftlichen Sammlungsscharakter, die Bestände wendenseit 1850 in Form einer systematischen Präsenzaufstellung erfasst, integraler Bestandteil des Christianeums ebenfalls seit 1738.

Die Außenanlagen, nicht nur die Schulhofflächen im 1. OG, sondern auch die Beschaffenheit der Sportanlagen und Freiflächen im EG, stehen unter Denkmalschutz.

Die Fertigstellung der Baumaßnahme ist für 2017 vorgesehen.

Die Maßnahme umfasst die innere Sanierung (alle Innenräume, Gebäudetechnik und übrige WC-Anlagen, insg. ca. 7.990 m² Mietfläche) sowie den Umbau zur Realisierung eines um vier Räume erhöhten Bedarfs anallg. Unterrichtsräumen. Hierbei sind Klassenräume in einem Gesamtumfang von insg. ca. 780 m² Mietfläche umzubauen.

Für das Bauvorhaben besteht eine Kostenobergrenze für die Sanierung und die Umbaumaßnahme in Höhe von ca. 4,84 Mio. Euro (Bruttobaukosten KG 200 bis 700 gem. DIN 276, inkl. MWSt.).

Die zu vergebenden Leistungen bestehen aus:

LOS 1:

- Leistungsphase 2 und 3 Objektplanung gem. § 34 HOAI;
- Leistungsphasen 1 (teilweise), sowie 4 bis 9 Objektplanung gem. § 34 HOAI, als optionale Beauftragung durch Bestimmung der AG (ggf. in noch von der Auftraggeberin festzulegenden Stufen).

An dem Standort war ein Architekturbüro mit einer Variantenuntersuchung möglicher Realisierung ergänzender Unterrichtsräume im Bestand sowie eine begleitende Projektsteuerung bei bereits abgeschlossenen Maßnahmen (insb. GBS) involviert. Die Variantenuntersuchung wird (ggf. in Auszügen) allen Bietern mit der Aufforderung zur Angebotsabgabe zur Verfügung gestellt. Diese sind von der Teilnahme am Verhandlungsverfahren nicht ausgeschlossen.

Die Schulleitung nimmt ggf. in beratender Funktion an den Angebotsverhandlungen teil. Ggf. werden weitere Vertreter aus behördlichem Kontext in beratender Funktion teilnehmen (Denkmalschutz). Die Vergabestelle lässt sich in der operativen Umsetzung dieses VOF-Verfahrens durch D&K drost consult GmbH, Hamburg, unterstützen und beratend begleiten.

2) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)**

Hauptgegenstand: 71240000

3) **Menge oder Umfang:**

Gemäß Schwellenwertberechnung wird das Honorarvolumen auf ca. 370.000 Euro für LOS 1 (Objektplanung) inklusive Nebenkosten und ohne Umsatzsteuer geschätzt.

4) **Abweichung vom Beginn der Vergabeverfahren und/oder von der Vertragslaufzeit: –**

5) **Zusätzliche Angaben zu den Losen:**

Die Angebotsabgabe ist möglich für ein oder zwei Lose. Der Auftraggeber behält sich vor, den Zuschlag für ein oder zwei Lose zu erteilen, sofern ein Angebot für beide Lose unterbreitet wird.

Los-Nr. 2

Bezeichnung: Christianeum – Otto-Ernst-Straße 34 – Technische Ausrüstung gem. § 55 HOAI

1) **Kurze Beschreibung:**

Die Freie und Hansestadt Hamburg hat zum 01.01.2013 gemäß § 26 (1) Landeshaushaltsordnung den Landesbetrieb SBH | Schulbau Hamburg (nachstehend SBH genannt) gegründet. Dieser Landesbetrieb hat die Aufgabe, die Schulimmobilien unter Berücksichtigung der schulischen Belange nach wirtschaftlichen Grundsätzen zu planen, zu bauen, zu unterhalten und zu bewirtschaften und die mehr als 400 Schulen an die Behörde für Schule und Berufsbildung (BSB) zu vermieten. Die Schulimmobilien umfassen sämtliche für schulische Zwecke genutzten Grundstücke und Gebäude der staatlichen und beruflichen Schulen. Die Grundstücksfläche beträgt etwa 9,1 Mio. m² und die Hauptnutzungsfläche etwa 3,1 Mio. m².

In dieser Tätigkeit wurde Schulbau Hamburg mit dem Umbau und der Sanierung des Gymnasiums

Christianeum am Standort Otto-Ernst-Straße 34 in Hamburg beauftragt.

Das städtische altsprachliche Gymnasium Christianeum liegt in Hamburg im Stadtteil Othmarschen in relativ zentraler Lage, unweit des S-Bahn-Anschlusses. Es ist umgeben von einer starken einzelhausdominierten Bebauung. Das Denkmalschutzamt stuft das Gebäude als eines der bedeutendsten Schuldenkmäler Hamburgs ein. Der Architekt Arne Jacobsen errichtete den kompakten Schulkomplex in den Jahren 1968–1971 in einer für ihn typischen Formen- und Detailsprache, nach vorausgegangenem Wettbewerb 1965.

Nicht nur der Baukörper, die Außenanlagen, sondern die gesamte Innenarchitektur/Einrichtung sind Entwürfe von Arne Jacobsen. Bemerkenswert ist die Flexibilität des Baukörpers. Arne Jacobsen plante die Zukunft – d.h. spätere Erweiterungen des komplexen Gebäudes konnten in die Hochkeller eingeplant werden, die höhengleich mit dem Erdgeschoss ausgebildet sind. So konnte bisher eine Veränderung der Struktur des Baukörpers vermieden werden.

Das Christianeum beinhaltet eine historische Bibliothek, die bis ins Gründungsjahr 1738 zurückgreift. Zudem ist eine Lehrerbibliothek (ca. 29.000 Bände) mit wissenschaftlichen Sammlungscharakter, die Bestände werden seit 1850 in Form einer systematischen Präsenzaufstellung erfasst, integraler Bestandteil des Christianeums ebenfalls seit 1738.

Die Außenanlagen, nicht nur die Schulhofflächen im 1. OG, sondern auch die Beschaffenheit der Sportanlagen und Freiflächen im EG, stehen unter Denkmalschutz.

Die Fertigstellung der Baumaßnahme ist für 2017 vorgesehen.

Die Maßnahme umfasst die innere Sanierung (alle Innenräume, Gebäudetechnik und übrige WC-Anlagen, insg. ca. 7.990 m² Mietfläche) sowie den Umbau zur Realisierung eines um vier Räume erhöhten Bedarfs anl. Unterrichtsräumen. Hierbei sind Klassenräume in einem Gesamtumfang von insg. ca. 780 m² Mietfläche umzubauen.

Für das Bauvorhaben besteht eine Kostenobergrenze für die Sanierung und die Umbaumaßnahme in Höhe von ca. 4,84 Mio. Euro (Bruttobaukosten KG 200 bis 700 gem. DIN 276, inkl. MWSt.).

Die zu vergebenden Leistungen bestehen aus:
LOS 2:

- Leistungsphase 1 (teilweise) sowie Leistungsphase 2 und 3 Technische Ausrüstung gem. § 55 HOAI, Anlagengruppen 1–8 gem. § 53 (2) HOAI
- Leistungsphasen 4 bis 9 Technische Ausrüstung gem. § 55 HOAI, Anlagengruppen 1–8 gem. § 53 (2) HOAI, als optionale Beauftragung durch Bestimmung der AG (ggf. in noch von der Auftraggeberin festzulegenden Stufen).

An dem Standort war ein Architekturbüro mit einer Variantenuntersuchung möglicher Realisierung ergänzender Unterrichtsräume im Bestand sowie eine begleitende Projektsteuerung bei bereits abgeschlossenen Maßnahmen (insb. GBS) involviert. Die Variantenuntersuchung wird (ggf. in Auszügen) allen Bietern mit der Aufforderung zur Angebotsabgabe zur Verfügung gestellt. Diese sind von der Teilnahme am Verhandlungsverfahren nicht ausgeschlossen.

Die Schulleitung nimmt ggf. in beratender Funktion an den Angebotsverhandlungen teil. Ggf. werden weitere Vertreter aus behördlichem Kontext in beratender Funktion teilnehmen (Denkmalschutz).

Die Vergabestelle lässt sich in der operativen Umsetzung dieses VOF-Verfahrens durch D&K drost consult GmbH, Hamburg, unterstützen und beratend begleiten.

2) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)**

Hauptgegenstand: 71240000

3) **Menge oder Umfang:**

Gemäß Schwellenwertberechnung wird das Honorarvolumen auf ca. 210.000 Euro für LOS 2 (Technische Ausrüstung) inklusive Nebenkosten und ohne Umsatzsteuer geschätzt.

4) **Abweichung vom Beginn der Vergabeverfahren und/oder von der Vertragslaufzeit: –**

5) **Zusätzliche Angaben zu den Losen:**

Die Angebotsabgabe ist möglich für ein oder zwei Lose. Der Auftraggeber behält sich vor, den Zuschlag für ein oder zwei Lose zu erteilen, sofern ein Angebot für beide Lose unterbreitet wird.

Hamburg, den 8. September 2014

Die Finanzbehörde

691

Gerichtliche Mitteilungen

Zwangsversteigerung

71 o K 78/13. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das in Hamburg, Tarpenering 15 belegene, im Grundbuch von Langenhorn Blatt 11483 eingetragene 2411 m² große Grundstück (Flurstück 9898), durch das Gericht versteigert werden.

Das Grundstück ist mit einem Bürotrakt mit Werk- und Materiallagerhalle bebaut. Die Gesamtnutzfläche von etwa 975,13 m² verteilt sich wie folgt: Bürotrakt: 115,36 m², Werkhalle: 653,77 m²; Lagerhalle: 206 m². Baugenehmigung aus 2009 für Anbau einer Leichtbauhalle aus Stahl liegt vor. Baujahr: Bürotrakt mit Werkhalle 1992; 2003 Anbau

der Lagerhalle. Beheizung: Bürotrakt über Gasheizung mit Warmwasserversorgung; Werkhalle mit Lufterhitzern; Lagerhalle nicht beheizt. Z.Zt. der Begutachtung von der Eigentümerin selbst genutzt.

Verkehrswert (ohne Berücksichtigung des mobilen Anlagevermögens)

gemäß § 74 a Absatz 5 ZVG 660 000,- Euro.

Der Versteigerungstermin wird bestimmt auf **Dienstag, den 11. November 2014, 9.30 Uhr**, vor dem Amtsgericht Hamburg, Caffamacherreihe 20, II. Stock, Saal 224.

Das über den Verkehrswert des Grundbesitzes eingeholte Gutachten kann auf der Geschäftsstelle, Zimmer 225, montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr, eingesehen werden. Infos auch im Internet: www.zvg.com

Der Zwangsversteigerungsvermerk ist am 6. Dezember 2013 in das Grundbuch eingetragen worden.

Rechte, die bei der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Grundstücks oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Hamburg, den 12. September 2014

Das Amtsgericht, Abt. 71
692

Zwangsversteigerung

541 K 7/13. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das in 22609 Hamburg, Königgrätzstraße 14 belegene, im Grundbuch von Osdorf Blatt 1905 eingetragene Grundstück, durch das Gericht versteigert werden.

Beschreibung laut Gutachten: Zweigeschossige modernisierte Villa mit durchschnittlicher Außenoptik sowie individuellem Grundriss und guter Ausstattung in ruhiger, hochwertiger Lage; Baujahr 1952, 14 Zimmer, 5 Bäder, etwa 515 m² Wohnfläche (inkl. des zu Wohnzwecken ausgebauten Dachgeschosses), Gaszentralheizung, zum Zeitpunkt der Gutachtenerstellung leerstehend. Hinsichtlich einer 1988 erbauten Doppelgarage besteht eine Abrissverpflichtung. Es wird bei

Interesse dringend angeraten das Sachverständigengutachten einzusehen.

Der Zwangsversteigerungsvermerk ist am 23. Juli 2013 in das Grundbuch eingetragen worden.

Verkehrswert gemäß § 74 a Absatz 5 ZVG: 2 940 000,- Euro, Einheitswert 138 406,- Euro.

Das über den Verkehrswert des Grundbesitzes eingeholte Gutachten kann auf der Geschäftsstelle, Zimmer 11 im Erdgeschoss, montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr eingesehen werden. Informationen mit dem Gutachten zum Download auch im Internet unter www.zvg.com.

Der Versteigerungstermin wird bestimmt auf **Freitag, den 21. November 2014, 9.30 Uhr**, im Amtsgericht Hamburg-Blankenese, Dormienstraße 7, 22587 Hamburg, I. Stock, Saal 18.

Rechte, die zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Grundstücks oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Hamburg, den 12. September 2014

Das Amtsgericht
Hamburg-Blankenese
Abteilung 541

693

Zwangsversteigerung

616 K 12/13. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das in Zeidlerstraße 52f, 21107 Hamburg belegene, im Grundbuch von Wilhelmsburg Blatt 8501 eingetragene Wohnungseigentum, bestehend aus 1381/100 000 Miteigentumsanteilen an dem 17 230 m² großen Flurstück 11 274, verbunden mit dem Sondereigentum an dem Reihen-Attriumhaus sowie Garage und Kellerersatzraum Nummer A9 (lt. Teilungsplan), durch das Gericht versteigert werden.

Es handelt sich um ein Reihenmittelhaus in der Art eines Atriumhauses in dreigeschossiger Bauweise mit Flachdach, nicht unterkellert. Baujahr etwa 2001. Wohnfläche etwa 124 m². Erdgeschoss mit Flur, Küche, Gästewc, Wohn- und Essbereich. 1. Obergeschoss mit Flur und 2 Zimmer; 2. Obergeschoss mit Flur, 2 Zimmer, Bad und Dachterrasse. Ein Feuchtigkeitsschaden im 1. Obergeschoss. Gaszentralheizung mit Warmwasserversorgung. Sondernutzungsrechte an Terrassen- und Gartenfläche sind vereinbart. Die Nutzung erfolgt durch die Eigentümer. Es gelten die Bestimmungen des ersten Versteigerungstermins.

Verkehrswert gemäß § 74 a Absatz 5 ZVG: 269 000,- Euro für die gesamte Immobilie, 134 500,- Euro je hälftigen Miteigentumsanteil.

Der Versteigerungstermin wird bestimmt auf **Dienstag, den 28. Oktober 2014, 9.00 Uhr**, vor dem Amtsgericht Hamburg-Harburg, Bleicherweg 1, Saal 04 (Souterrain).

Das über den Verkehrswert des Grundbesitzes eingeholte Gutachten kann auf der Geschäftsstelle, Zimmer 101, montags bis freitags (außer mittwochs) von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr, Telefon: 040/4 28 71 - 24 06, eingesehen oder im Internet unter www.zvg.com, www.zvhh.de und www.versteigerungspool.de abgerufen werden.

Der Zwangsversteigerungsvermerk ist am 15. April 2013 in das Grundbuch eingetragen worden.

Rechte, die bei der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Objekts oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Hamburg, den 12. September 2014

Das Amtsgericht
Hamburg-Harburg
Abteilung 616

694

Sonstige Mitteilungen

Öffentliche Ausschreibung gemäß § 12 Absatz 1 VOB/A

Ausschreibungsnummer: XC 002-14

a) Auftraggeber:

European X-Ray Free-Electron Laser Facility GmbH
Hausanschrift:
Albert-Einstein-Ring 19, 22761 Hamburg
Briefpost:
Notkestraße 85, 22607 Hamburg
Telefon: 040/8998-5645, Telefax: 040/8998-4009

b) Vergabeverfahren:

Öffentliche Ausschreibung nach VOB Teil A (§ 3 Absatz 1).

c) Elektronische Auftragsvergabe:

Elektronisch übermittelte Angebote können nicht angenommen und gewertet werden. Angebote können nur schriftlich abgegeben werden.

d) Art des Auftrags:

Ausführung von Bauleistungen, Einheitspreisvertrag

e) Ort der Ausführung:

Holzkoppel 4, 22869 Schenefeld

f) Art und Umfang der Leistung:

Errichtung Abwasser- und Wasseranlagen

Die European X-Ray Free-Electron Laser Facility GmbH baut den Europäischen Röntgenlaser XFEL auf den Betriebsgeländen Bahrenfeld, Osdorfer Born und Schenefeld. Auf dem Betriebsgelände in Schenefeld wird das Hauptgebäude XHQ als Büro- und Laborgebäude errichtet. Im Erdgeschoss E0 des Büro- und Laborgebäudes werden Laborräume und die zugehörigen Technikräume sowie Umkleide und Sozialräume untergebracht.

Für das Gewerk Abwasser- und Wasseranlagen (KG410) im Hauptgebäude sind insbesondere folgende Leistungen zu erbringen:

- Regenwasser: 25 Stück Dachabläufe, 590 m SML-Rohr bis DN300
- Sanitärabwasser: 640 m SML-Rohr bis DN150, 270 m HT-Rohr bis DN100, 80 m Edelstahlrohr bis DN50
- Laborabwasser: 220 m PE-HD-Rohr bis DN160, 2 Stück Labor-Bodenabläufe, 1 Stück Sammelbehälter 5m³
- Grundleitungen: 20 m TML- und MLB-Rohr bis DN300, 9 Stück Dichtungseinsätze bis DN300
- Hebeanlagen: 2 Stück Doppel-Hebeanlagen 10 m Druckrohr DN50, 51 Kleinhebeanlagen 1.250 m Druckrohr DN32
- Trink- u. Laborwasser: 2.000 m Kupferrohr bis DN50, 255 Stück Armaturen bis DN50
- Sanitärobjekte: 31 WC, 12 Urinal, 38 Waschtisch/Handwaschbecken, 6 Duschen, 8 Ausguss
- Notduschen: 12 Körperduschen, 5 Augenduschen
- Elektrodurchlauferhitzer: 26 Stück 6,5 kW, 16 Stück 13,5 kW, 6 Stück 18,0 kW
- Montageelemente für Sanitärobjekte: 60 Stück
- Isolierarbeiten an Rohrleitungen: 2.600 m

Weitere Einzelheiten sind den Ausschreibungsunterlagen zu entnehmen.

g) Angaben über den Zweck der baulichen Anlage oder des Auftrags, wenn Planungsleistungen gefordert werden: Entfällt

h) Losweise Vergabe: Entfällt

i) Ausführungsfristen für die Baumaßnahme:

Mit der Ausführung ist zu beginnen innerhalb von 12 Werktagen nach Zuschlagserteilung. Die Leistung ist zu vollenden (abnahmereif fertig zu stellen) innerhalb von 330 Werktagen nach Zuschlagserteilung.

j) Änderungsvorschläge oder Nebenangebote:

Nebenangebote sind nicht zugelassen.

k) Anforderungen der Unterlagen und Einsichtnahme in weitere Unterlagen:

Unter Angabe der Ausschreibungsnummer **XC 002-14** European X-Ray Free-Electron Laser Facility GmbH, Herr Schimanke, Einkauf Hochbau, Notkestraße 85, 22607 Hamburg, Telefon: 040/8998-5645, Telefax: 040/8998-4009, E-Mail: tender.construction@xfel.eu

l) Höhe und Bedingungen für die Zahlung des Betrages, der für die Unterlagen zu entrichten ist: Entfällt

m) Bei Teilnahmeantrag: Entfällt

n) Frist für den Eingang der Angebote:

Angebote sind bis spätestens zum 8. Oktober 2014, 10.00 Uhr an die unter o) benannte Stelle zu richten.

o) Anschrift:

Die Angebote sind im verschlossenen Umschlag mit der Kennzeichnung „Ausschreibung Abwasser- und Wasseranlagen, Angebotstermin: 8. Oktober 2014, Uhrzeit 10.00 Uhr“ per Post/Boten zu richten an:

European X-Ray Free-Electron Laser Facility GmbH
Briefpost: Notkestraße 85, 22607 Hamburg

oder durch persönliche Abgabe bis vor dem Eröffnungstermin einzureichen.

p) Sprache:

Die Angebote sind in deutscher Sprache abzufassen.

q) Eröffnung:

Mittwoch, den 8. Oktober 2014 um 10.00 Uhr im Gebäude 11a, Zimmer 012, Kellergeschoss, DESY, Notkestraße 85, 22607 Hamburg.

Bieter oder ihre Bevollmächtigte können bei der Eröffnung anwesend sein.

r) Geforderte Sicherheiten:

Sind den Ausschreibungsbedingungen zu entnehmen.

s) Zahlungsbedingungen:

Sind den Ausschreibungsbedingungen zu entnehmen.

t) Rechtsform einer Bietergemeinschaft:

Bietergemeinschaften haben mit ihrem Angebot eine von allen Mitgliedern unterschriebene rechtsverbindliche Erklärung abzugeben, dass sie im Auftragsfall eine Arbeitsgemeinschaft bilden und alle Mitglieder als Gesamtschuldner haften („Bietergemeinschaftserklärung“).

1660

Freitag, den 12. September 2014

Amtl. Anz. Nr. 72

Das den Ausschreibungsunterlagen beigegefügte Formblatt 234 „Erklärung Bietergemeinschaft“ ist ausgefüllt den Angebotsunterlagen beizufügen.

u) **Verlangte Nachweise bzw. Erklärungen:**

Der Nachweis der Eignung kann durch einen Eintrag in die Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen (Präqualifikationsverzeichnis) geführt werden. Nicht präqualifizierte Unternehmen haben zum Nachweis der Eignung mit dem Angebot das ausgefüllte Formblatt 124 „Eigenerklärungen zur Eignung“ des Vergabehandbuches Bund vorzulegen. Auf Verlangen sind die entsprechenden Eigenerklärungen und Referenzen durch Vorlage von Bescheinigungen zuständiger Stellen zu bestätigen.

v) **Zuschlagsfrist:** 7. November 2014

w) **Stelle, an die sich der Bewerber oder Bieter zur Nachprüfung behaupteter Verstöße wenden kann:**

European X-Ray Free-Electron Laser Facility GmbH,
kaufmännisches Mitglied der Geschäftsführung.

Hamburg, den 5. September 2014

European X-Ray Free-Electron Laser Facility GmbH

695

Öffentliche Ausschreibung

- a) GMH | Gebäudemanagement Hamburg GmbH,
Maurienstraße 15, 22305 Hamburg,
Telefon: 040/4 26 66 - 95 62,
Telefax: 040/4 26 66 - 95 05,
E-Mail: einkauf@gmh-hamburg.de
- b) Öffentliche Ausschreibung nach der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen – Teil A (VOB/A)
- c) Entfällt
- d) 031 – Landschaftsbauarbeiten
HINWEIS: Der zu schließende Vertrag unterliegt dem Hamburgischen Transparenzgesetz (HmbTG). Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen wird er nach Maßgabe der Vorschriften des HmbTG im Informationsregister veröffentlicht. Unabhängig von einer möglichen Veröffentlichung kann der Vertrag Gegenstand von Auskunftsanträgen nach dem HmbTG sein.
- e) Gymnasium Süderelbe
Falkenbergsweg 5, 21049 Hamburg
- f) Vergabenummer: **GMH-231**
1000 m² Rechteckpflaster, 1275 m² Tragschicht, 3 Stück Mastleuchten, 135 m Tiefborde
- g) Entfällt
- h) keine Losaufteilung
- i) Beginn: 17. November 2014
Ende: 27. Februar 2015
- j) keine Nebenangebote zugelassen.
- k) Anforderung der Vergabeunterlagen, sowie Verkauf und Einsichtnahme: vom 5. September 2014 bis 30. Septem-

ber 2014, 9.00 Uhr bis 17.00 Uhr, Anschrift siehe Buchstabe a).

l) **Höhe des Kostenbeitrages:** 0,- Euro

Erstattung: Nein

Zahlungsweise: entfällt

m) Entfällt

n) **Die Angebote können bis zum 1. Oktober 2014 bis 11.00 Uhr eingereicht werden.**

o) **Anschrift:** siehe Buchstabe a).

Es ist das Rücksendetikett zu verwenden, welches mit den Vergabeunterlagen versendet wird.

p) **Sie sind in deutscher Sprache abzufassen.**

q) **Die Eröffnung der Angebote findet am 1. Oktober 2014 um 11.00 Uhr statt.**

Anschrift: siehe Buchstabe a).

Bieter und ihre Bevollmächtigten.

r) **siehe Vergabeunterlagen.**

s) **Zahlungsbedingungen:** siehe Vergabeunterlagen.

t) **Gesamtschuldnerisch haftende Arbeitsgemeinschaft mit bevollmächtigtem Vertreter.**

Von den Unternehmen werden zum Nachweis ihrer Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit (Eignung) Unterlagen und Angaben gefordert. Sofern Nachunternehmer eingesetzt werden sollen, sind die Nachweise auf gesondertes Verlangen für die vorgesehenen Nachunternehmer dem Angebot beizufügen. Bei fremdsprachigen Bescheinigungen ist eine Übersetzung in die deutsche Sprache beizufügen. Bei Nichtvorlage geforderter Nachweise sowie bei Fehlen geforderter Erklärungen kann das Angebot ausgeschlossen werden.

v) **Die Zuschlagsfrist endet am 31. Oktober 2014.**

w) **Beschwerdestelle:**

GMH | Gebäudemanagement Hamburg GmbH,
Frau Gertrud Theobald,
Maurienstraße 15, 22305 Hamburg,
Telefax: 040/4 27 92 71 - 20

Hamburg, den 5. September 2014

GMH Gebäudemanagement Hamburg

696

Gläubigeraufruf

Der Verein **SeniorenNet Hamburg e.V.** ist aufgelöst worden. Die Gläubiger werden gebeten, sich bei dem Liquidator Herrn Henning Martens, Forstweg 13, 21502 Geesthacht, zu melden.

Hamburg, den 19. August 2014

Der Liquidator

697